



TEXT UND FOTOS:
MATTHIAS MARQUART, KABUL

DIE DEUTSCHE LÜGE – VERLORENE JAHRE, GESCHUNDENES LAND

Angst, Unsicherheit, Resignation.

Waffen und Stacheldraht wohin das Auge blickt – Kabul,
Afghanistan ist ein Pulverfass, die Lunte brennt.
Und die „Geberländer“ übertreffen sich an Heuchelei
und Dilettantismus.

Warum er noch hier ist? Vielleicht, weil er das Wort „Scheitern“ nicht zu seinem Vokabular zählt und nie zählen möchte. Mohammed S. ist nicht irgendwer. Mohammed S. ist ein hochrangiger Vertreter des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Afghanistans und agiert im unmittelbaren Umfeld von Staatspräsident Hamid Karzai. Und was S. zu erzählen hat, birgt Brisanz: Korruption, hochbezahlte deutsche Besserwisser und Versager, vertane Chancen und ein Land, sein Land, das Mohamed S. liebt und das immer noch am Abgrund steht.

Die Nato Beraterin, der korrupte „ehrliche“ Polizeikommandant, der Staatssekretär und Mitglied der afghanischen Wahlkommission, die seit 20 Jahren ehrenamtlich tätige Vorsitzende einer Hilfsorganisation, der hohe Finanzbeamte aus der afghanischen Regierung, der Inhaber eines Ingenieurbüros, der für die EU arbeitete

– sie alle reden – sie alle haben Angst, riskieren ihr Leben und doch wollen sie, dass man sie hört – allein im „Westen“ hört niemand zu.

STILLE UND ANGST

Kabul, eine 6-Millionen-Stadt. Hier strengstens bewachte, abgesicherte Villen und hochherrschaftliche Häuser aus der Kolonialzeit. Dort Armut und Elend. Menschen, die in nicht mehr hausen als dem, was man hier als Schuhkarton bezeichnen würde. Es ist diesig, Smog, Schmutz und Staub. In der Luft der Geruch von Fäkalien, Benzin, Diesel, Schweiß und Angst. Kabul pulsiert, eine Stadt, ein Land am Tropf der Welt. Kabul sagt dort mehr aus, wo niemand hinsieht, hinsehen will – dort, wo die sechs Millionen Menschen leben, die sich plötzlich, sobald es dunkel wird, verkriechen. Diese Stadt ist nachts ruhiger als manche



Bild diese Seite:
Ein Tagelöhner liegt erschöpft im Staub und Dreck der Großstadt. In der Bank im Hintergrund werden "gute" Geschäfte gemacht. Dort verschwanden auch schon 400 Millionen Euro über Nacht. Geld, das auch für ihn, für Hilfsprojekte, bestimmt war.

Bild rechte Seite:
Kabul war einst eine blühende Stadt.
Im Bild: die ehemalige "Blumenstraße" - eine Flaniermeile - und das, was von ihr übrig blieb.

»Rabbani hat diesem Land großes Leid zugefügt, war korrupt, hat sich unendlich bereichert und ist für unsere heutige Lage maßgeblich mitverantwortlich.«

Kreisstadt in Deutschland, und nur das Geräusch von Raketeneinschlägen, Sirenen und Hubschraubern durchbricht die Stille. Nichts ist sicher in Kabul, einer der gefährlichsten Städte der Welt.

AB UND AN MENSCH BLEIBEN

Ahmad N. ist Polizei-Kommandeur in Kabul. Ein kleiner, bärtiger Mann mit hellwachen, funkelnden Augen. Er wirkt unscheinbar, trägt an seinem freien Tag die landesübliche, einfache Tracht und sieht so aus, wie man sich im Westen einen Taliban vorstellt. N spricht leise, doch bestimmt. Und er ist mit unglaublicher Macht ausgestattet. Denn die Polizei – finanziert und ausgebildet mit deutschen Steuermitteln - ist außer Milizen und Terroristen das Korrupteste und Gefährlichste, das sich auf den Straßen Kabuls tummelt. N. lächelt immerfort, lacht über den naiven Westen und versucht, in seinem Alltag noch ab und an Mensch zu bleiben. Deshalb beschützt Ahmad N. die einen, die anderen nicht – je nach persönlicher Stimmung, Gesinnung und vor allem je nach Bezahlung. Von seinem Lächeln kann in dieser Zeit in Kabul das Leben abhängen.



NUR EINE FRAGE DER ZEIT

Als Burhanuddin Rabbani, ehemaliger afghanischer Staatspräsident und Chef des Hohen Friedensrates, der mit den Taliban eine politische Lösung des Konflikts am Hindukusch aushandeln sollte, bei einem Selbstmordattentat getötet wird, ist N. einer der ersten vor Ort und berichtet, dass das alles doch nur eine Frage der Zeit gewesen sei, bis Rabbani „endlich verschwindet“. Ahmed N.: „Rabbani hat diesem Land großes Leid zugefügt, war korrupt, hat sich unendlich bereichert und ist für unsere heutige Lage maßgeblich mitverantwortlich.“ Was jetzt von ihm in den westlichen Medien berichtet würde sei doch nur „Lüge“. Eine Lüge, von der aber auch er profitiert – spült sie doch jährlich Milliarden in die Kassen des korrupten afghanischen Systems und damit auch in seine Taschen. Ahmed N.: „Der Westen will raus aus Afghanistan, bezahlt und bildet Soldaten und Polizisten aus, die dann die ‚Sicherheit des Landes‘ gewährleisten sollen.“ Dann grinst er wieder schelmisch: „Bei uns werden so tausende von Polizisten und Soldaten bezahlt, die es gar nicht gibt. Eine schöne Einnahmequelle.“

Als er geht, hat der Polizeikommandant dann 2.500 Dollar mehr in der Tasche – Er wird davon nichts nehmen versichert er – „nur für einen Freund einen Freundschaftsdienst verrichten“. Ahmed N. wird die Tage wieder vorbeischaun – und er wird wieder helfen – gerne – sofern der Preis stimmt.

INKOMPETENT UND IGNORANT

Wieder im Ministerium sagt Mohammed S: „Die Deutschen schicken uns ‚Berater‘, die teilweise über 20.000 Dollar monatlich verdienen, ein Haus samt Personal und einen Dienstwagen mit Chauffeur erhalten. Normalerweise würde ich mich mit diesen Menschen aufgrund ihrer Inkompetenz und Ignoranz nie unterhalten, doch hier muss ich es. Zudem werden die ‚Ergebnisse‘ ihrer Arbeit nie hinterfragt und kontrolliert – da muss man sich doch nicht mehr wundern – hier halten alle die Hand auf.“ Mohammed S. spricht Klartext – und man spürt es ist irgendwie der letzte, der berühmte seidene Faden an dem er zieht, um seinem Land zu helfen. Doch Mohammed S. klagt nicht nur - er hat auch mögliche Lösungen im Gepäck. Lösungen, von denen „im Westen“ allerdings nur die Wenigsten etwas hören wollen. Vor allem nicht vor dem Hintergrund, dass im Dezember wiederum die „Petersberger Konferenz“ anstand, die über das weitere Schicksal Afghanistans maßgeblich entscheiden sollte. Wie schon einmal – „damals 2001 als alle versagt haben“ sagt S. und sieht eine Wiederholung.

KORRUPTION IN HÖCHSTEN KREISEN

Zur gleichen Zeit, in der Mohammed S. in seinem Ledersessel von den Missständen der westlichen Hilfe und Aufbauarbeit berichtet, liefern afghanische Arbeiter ein Paradebeispiel für Misswirtschaft und die Auswirkungen der korrupten „Regierungsarbeit“, der westlichen und auch deutschen Politik schlechthin ab. Etwa sechs Millionen wird die EU für das Straßenbauprojekt bezahlen an dem sie gerade arbeiten. „Verbaut werden maximal 300.000 Euro. Bei den Arbeitern, die alten Asphalt mit Spitzhacken aus der Straße klopfen, wird nicht viel ankommen. Der alte Asphalt wird geschreddert, erhitzt und in die entstandenen Löcher gekippt. Einmal mit der uralten Straßenwalze drüber – fertig. Lebensdauer der Maßnahme: einige Monate. Das Geld, das für diese „Infrastrukturmaßnahme“ gezahlt wird fließt in die Taschen von korrupten Beamten in den höchsten Kreisen

– allesamt mit Karzai verbandelt. „Subunternehmer“, die noch nie etwas von Straßenbau gehört haben, bekommen die Zuschläge zu millionenschweren Infrastrukturprojekten. Von Deutschland und der EU finanziert, vergeben sie sie weiter an Billigst-Anbieter und kassieren über 70 Prozent der Gelder in die eigene Tasche. Der Gipfel: Ihre Kontrollorganismen sind diejenigen, die ihnen die Verträge und Gelder zuschanzen – sie selbst, die afghanischen Ministerien.

DESASTRÖSE HILFSPOLITIK

Doch damit nicht genug – gerade in Deutschland wird z.B. die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – ein Bundesunternehmen) angehalten, möglichst mit eben jenen Ministerien zusammenzuarbeiten. Und was sich die GIZ alles so als „Erfolge“ auf die Fahnen schreibt ist wirklich bizarr. Beispiel Trinkwasser: wenn man der GIZ glaubt, herrschen dabei mittlerweile aufgrund ihrer so zahlreich gebauten Brunnen nahezu paradiesische Zustände in Afghanistan. Fakt ist, dass nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung über gesicherten Zugang zu Trinkwasser verfügen. 2001, als die westliche Intervention begann, waren es etwa zehn Prozent. Ein Trauerspiel wird als Erfolg gefeiert. Noch trauriger wird dies im Hinblick auf die Kosten: Mit den Geldern für das „Brunnenspiel“ der GIZ hätten andere Organisationen hunderte von Brunnen mehr gebaut und zusätzlich noch ein paar Schulen oder Kliniken errichtet, da die GIZ für jeden ihrer Brunnen etwa das zehnfache dessen bezahlt, was an tatsächlichen Kosten anfällt. Der Rest wandert in die Taschen derer, die ihre Milizen finanzieren und sich bereichern. Sie alle lachen den „Westen“ aus, freuen sich auf noch mehr Geld, während sich die Afghanen fragen, wo die Hilfe bleibt. Hilfe, die ihnen versprochen wurde und auf die sie sehnlichst warten. Doch von staatlicher Seite kommt so gut wie nichts an, und so leiden sie weiter.

Alles geduldet von der EU und auch von Deutschland – nur – da will keiner so genau hinsehen, spielen doch

andere „weltpolitische, geostrategische“ Aspekte hier eine tragendere Rolle und schließlich zahlt's ja auch „nur“ der Steuerzahler.

So wird eine desaströse Hilfspolitik, das vollkommene politische Versagen des Westens, einfach unter den Teppich gekehrt. Ein paar Milliarden hin oder her – Wo sie versanden – ob in Griechenland oder in den Taschen afghanischer Ministerien, d.h. in den Taschen Karzais und seiner Schergen, der Warlords, der Taliban oder auch in

die ausländischer Firmen - niemand will es wirklich wissen, und wer fragt oder redet, lebt gefährlich.

Nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung verfügen über gesicherten Zugang zu Trinkwasser. 2001, als die westliche Intervention begann, waren es etwa 10 Prozent.

So wurde der afghanische Vizepräsident Ahmed Zia Massud im Oktober 2009 laut einem vom *Guardian* zitierten Kabelbericht mit 52 Millionen Dollar Bargeld in Koffern am Flughafen in Dubai aufgehalten – doch: er durfte gehen, ohne nähere Auskunft über die Herkunft des Geldes machen zu müssen.

ZUKUNFT SCHAFFEN ANDERE

Und während an maroden Straßen gebaut wird und sich Mohammed

S. in Rage redet, sitzen ein paar Frauen mit den Dorfältesten aus 22 Dörfern in der Provinz Shakar Dara (süßes Tal) zusammen. Es geht um eine Schule – eine Mädchenschule. Die Dorfältesten baten den Afghanischen Frauenverein um Hilfe. Und am Ende der Besprechungen wird der Bau beschlossen. Die Gemeinden opfern Teile ihrer Weinberge und ein Exil-Afghane schenkt dem Verein sein Gelände, anstatt es für viel Geld zu verkaufen. Zu befürchten haben die Bauherren nichts, haben sie doch alle Entscheidungsträger eingebunden, alte Rituale und althergebrachten Traditionen Respekt gezollt. Die Schule wird gebaut und es wird ihre Schule sein. Eine Schule, die beste Chancen hat, viele Mädchen über lange Zeit auszubilden und ihnen eine Zukunft zu geben – Geld von der EU, vom deutschen Staat? – Fehlanzeige - finanziert wird alles privat, über Spenden, Mitgliedsbeiträge und dem Erlös aus Benefizveranstaltungen.

Nadia Nashir-Karim, Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins: „Wir arbeiten hier seit 20 Jahren

Afghanisches Infrastrukturprojekt:
Mit uraltem Gerät und einfachsten Mitteln wird hier "Straßenbau" betrieben. Der "Westen", die EU und Deutschland zahlen dafür horrenden Summen.



Hier schält ein Afghane Zuckerrohr, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen - seine "Maschine" ist sein ganzer Stolz.



erfolgreich, nach unseren Erfahrungen hat uns nie jemand gefragt – im Gegenteil – Geld für Projekte zu bekommen ist nicht nur schwer, es ist oft wie ein Kampf gegen Windmühlen. Wir haben gelernt, nichts zu erwarten und alles selbst zu schultern.“ Und dies, obwohl der Verein vielfach zertifiziert ist, jeder Cent abgerechnet wird. Die ehrenamtlichen Mitglieder, die auf dem Land Afghanistans arbeiten, dort, wo sich keine Regierungsmitarbeiter und schon lange keine EU-Helfer mehr hin trauen, tragen nahezu sämtliche Unkosten selbst. Und sie sind erfolgreich: Allein 2010 wurden 162.000 Menschen mit Lebensmitteln, Woldecken und Medikamenten versorgt, rund 20.000 Patienten medizinisch versorgt, über 60.000 Impfungen durchgeführt, etwa 35.000 Menschen täglich mit Trinkwasser versorgt und über 2.000 Kindern der Schulbesuch, Frauen eine Ausbildung ermöglicht – Erfolge einer „kleinen Organisation, die milliardenschweren Bundesbehörden als Vorbild dienen sollten.

Nashir-Karim: „Bei allen Unterstützungsversuchen ist es dasselbe wie in der Politik. Man vergisst, dass es auch bei uns ein Demokratieverständnis gibt, das jedoch nicht mit dem westlichen vergleichbar ist. In Afghanistan haben die Menschen in den Dörfern jahrelang ihre Probleme selbst gelöst, zum Beispiel durch Jiirgas (Versammlungen der Dorfältesten und regionalen Größen), da der Zentralstaat zu schwach war und ist. Dies wird zu wenig beachtet - nicht die Demokratie ist zu früh, sondern der Ansatz muss der Richtige sein.“

WER ETWAS ZU SAGEN HAT, WIRD NICHT GEHÖRT

Mohammed S. ist jetzt in Fahrt. Er berichtet von den großen Fehlern des Westens, vom Fehler Karzai, ins Amt zu heben, anstatt den damaligen König Mohammed Sahir Schah, der von allen Bevölkerungsschichten anerkannt war, wieder einzusetzen. S: „Der Westen agiert überall auf der Welt mit derselben Arroganz, obwohl er schon mehrfach mit eben dieser Strategie an die Wand gefahren ist. Warum versucht man einem Land wie Afghanistan eine Demokratie westlichen Vorbildes überzustülpen, wo dieses Land doch noch gar nicht bereit dazu ist. Demokratie muss sich selbst entwickeln. So wie das in den westlichen Ländern ja auch über Jahrzehnte und Jahrhunderte geschehen ist. Auch wir brauchen Zeit, uns zu entwickeln, wieder zu entwickeln. Zwischenzeitlich halte ich eine straffe Militärregierung mit oder ohne

»Man vergisst, dass es auch bei uns ein Demokratieverständnis gibt, das jedoch nicht mit dem westlichen vergleichbar ist. In Afghanistan haben die Menschen in den Dörfern jahrelang ihre Probleme selbst gelöst, zum Beispiel durch Jiirgas (Versammlungen der Dorfältesten und regionalen Größen).«

Einbindung der Taliban für den mittlerweile einzig gangbaren Weg. So wie es ist, kann es jedenfalls nicht weitergehen, und es wird uns wiederum in Krieg und Chaos stürzen wenn der Westen abzieht.“ Doch S. weiß: „Auch bei der neuerlichen Konferenz in Petersburg kam nichts Brauchbares heraus. „Karzai wurde ‚im Amt bestätigt‘ sein korruptes System gestärkt und wiederum milliardenschwere ‚Hilfe‘ zugesagt. Gelder, die weiterhin dort versandt und verschwinden, wo es bisher auch geschah. Karzai gibt offen zu ein ‚Korruptionsproblem‘ zu haben und kassiert munter weiter. Das Problem ist doch aber er selbst, ‚sein System‘, jeder weiß das und alle zahlen dennoch weiter. Diejenigen, die wirklich wissen was nötig und effektiv für unser Land wäre, die wurden doch erst gar nicht eingeladen, geschweige denn gehört.“



So entsteht Zukunft: Nadia Nashir Karim (2.v.l.), Vorsitzende des Afghanischen Frauenvereins, verhandelt mit Dorfältesten und regionalen Entscheidungsträgern über den Bau einer Mädchenschule.
Foto: Nadia Nashir Karim

DAS SYSTEM KARZAI - VOM WESTEN GEDULDET UND UNTERSTÜTZT

Auch wie jener Karzai ins Amt kam und sich dort behaupten konnte ist ein Skandal. So berichtet Zai B., ein Mitglied des Afghanischen Wahlausschusses und Staatssekretär, mit einem vielsagenden Augenzwinkern, dass es doch sehr seltsam sei, dass bei einer Analphabeten-Quote von 85 Prozent nahezu jeder gewählt habe. Noch seltsamer werde es allerdings dann, wenn aus einer 2.000-Seelen-Gemeinde plötzlich 5.000 „gültige“ Wahlzettel auf dem Tisch liegen. „Wir haben alle gewusst, wie betrogen wurde, und selbst wer wollte, konnte nichts tun – reden, bemängeln – das hätte den Tod zur Folge gehabt und so ist es auch heute noch.“ Erstaunlich findet er, dass die „Wahlen“, die nicht wirklich welche waren,

aus dem Ausland so widerspruchslos hingenommen und akzeptiert wurden. „Die wollten es doch gar nicht anders“, so sein Fazit.

Das also sind die Hände, die die Schröders, Fischers, Westerwelles und Merkels schütteln. Hände, die auch die von Gaddafi, Mubarak, Assad und Co schüttelten und schütteln – bis es eben einfach nicht mehr geht.

REALITÄTSVERLUST

Nadine S, eine französische Nato-Beraterin aus dem nächsten Umfeld des getöteten Rabbani berichtet: „Wo weltweit überall das ‚scheinbare‘ Entsetzen über den Tod Rabbanis einsetzte und betont wurde, welche ‚Streiter‘ er für den Frieden gewesen sei, kann ich nur sagen, dass er überall verhasst war. Während man im Westen ‚trauerte‘,



Es geht auch anders:
hier entsteht eine
Mädchenschule, die von
22 Dorfältesten aus
der Provinz Shakar Dara
(süßes Tal) unterstützt
und gemeinsam errichtet
wird.

Foto: Nadia Nashir Karim



Armut und Elend pur?
Nein, dieser ältere Mann
ist froh einen Wagen zu
haben, um seine Melonen
verkaufen zu können.
Er fühlt sich "reich".

wurden hier hinter verschlossenen Türen Freudenfeiern abgehalten. Wie korrupt er war und wie viele Milliarden – ja Milliarden – er sich mit seinen Gefolgsleuten unter den Nagel gerissen hat? Keiner weiß es. Doch er war bei der Bevölkerung verhasst – sogar bei den Tadschiken, denen er angehörte und die gewöhnlich zusammenhalten. Ich weiß nicht, wie unsere Politiker ticken – sie haben entweder jedes Realitätsbewusstsein und den Boden unter den Füßen verloren, und sie wissen wirklich nicht mehr, was gespielt wird oder sind einfach nur selbst gefangen in diesem System, in dem die Wahrheit nichts mehr zählt.“

aus dem afghanischen Finanzministerium. „Unsere Ministerien kontrollieren sich selbst, was ihre Budgets anbelangt. 70 Prozent aller Gelder von den Geberländern landen in den Taschen einiger Weniger. Bei der Bevölkerung kommt so gut wie nichts an. Und alle schauen weg. Allein Karzai hat pro Jahr zwei ‚Haushalte‘ für seine Sicherheit und die seiner Regierungsmitarbeiter. Insgesamt sind das über zwei Milliarden Afghani pro Jahr und niemand darf fragen, wofür dieses Geld ausgegeben wird – es wird angefordert, angewiesen und gut – wer fragt spielt mit seinem Leben.“

WER FRAGT SPIELT MIT DEM LEBEN
Dass sie Recht hat, bestätigt ein hochrangiger Mitarbeiter

Faruk T. kommt mit seinem Sohn und er ist bewaffnet – zum Selbstschutz wie er betont. Auch T, sieht aus

westlicher Sicht aus wie der „klassische Taliban“. Doch Faruk T. ist alles andere als das. Er ist Ingenieur, hat in Deutschland studiert, ist zurückgekehrt, will in seiner Heimat etwas bewegen, Wiederaufbau leisten. Doch was er zu berichten hat, ist ernüchternd. „Ich sollte 35 Prozent der für ein Straßenbauprojekt in Rechnung gestellten Leistungen gleich ans Ministerium abführen, da sie sonst die Rechnung erst gar nicht an die EU weitergeben würden und ich gar nichts bekäme“, berichtet er. Faruk T hat sich geweigert und direkt mit einem EU-Mitarbeiter (Name ist der Redaktion bekannt) Kontakt aufgenommen.

Er bekam sein Geld. Und dann lief alles einige Monate korrekt, wie er berichtet. Ohne Ministerien – direkt über die EU. Doch sein EU-Ansprechpartner wurde abberufen. „Jetzt läuft alles wie vorher, nur dass ich natürlich keine ‚Staatsaufträge‘ mehr bekomme.“ Mehr als das: Faruk T bangt jetzt um sein Leben und das seiner Familie.

(Anm. d. Red.: Alle Namen der Personen sind der Redaktion bekannt, wurden aber auch Sicherheitsgründen geändert)

WWW.M-MARQUART.DE

NACH SCHÄTZUNGEN DER VEREINTEN NATIONEN KOSTET DIE KORRUPTION DAS LAND JÄHRLICH ÜBER 2,5 MILLIARDEN DOLLAR (1,92 MRD. EURO). DAS DURCHSCHNITTSEINKOMMEN LIEGT BEI NUR EINEM US-DOLLAR PRO TAG.

IN AFGHANISTAN WIRD MITTLERWEILE SO VIEL MIT KORRUPTION VERDIENT WIE MIT DROGENHANDEL (WOBEI ÜBER 95 PROZENT DES WELTWEIT GEHANDELTEN ROHOPIUMS AUS AFGHANISTAN STAMMT).

IM JANUAR 2010 HAT DIE BUNDESREGIERUNG IM KONTEXT DER INTERNATIONALEN AFGHANISTAN-KONFERENZ IN LONDON ANGEKÜNDIGT, DIE MITTEL FÜR DEN ZIVILEN WIEDERAUFBAU AFGHANISTANS BIS 2013 PRO JAHR AUF BIS ZU 430 MILLIONEN EURO ZU ERHÖHEN (250 MILLIONEN EURO BMZ, 180 MILLIONEN EURO AUSWÄRTIGES AMT).

DAS ZIVILE GESAMTENGAGEMENT DEUTSCHLANDS IN AFGHANISTAN WIRD BIS ENDE 2010 RUND 1,4 MILLIARDEN EURO BETRAGEN.

FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011 STANDEN DEM BUNDE-MINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (BMZ) 6,219 MILLIARDEN EURO ZUR VERFÜGUNG.

DAVON GERADE EINMAL 668.520.000 EURO (10,8 PROZENT) FÜR ZIVILGESELLSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE GRUPPEN UND INSTITUTIONEN WELTWEIT.

DEUTSCHLAND WAR AUSRICHTER DER PETERSBERG-KONFERENZ 2001 SOWIE DER BERLINER AFGHANISTAN-

KONFERENZ 2004. AUCH DURCH DIE ORGANISATORISCHE UNTERSTÜTZUNG VON ZWEI GROSSEN RATSVERSAMMLUNGEN (EMERGENCY LOYA JIRGA 2002 UND VERFASSUNGSGEBENDE LOYA JIRGA 2003/2004 - JIRGAS SIND TRADITIONELLE RATSVERSAMMLUNGEN) UND DURCH BEITRÄGE ZUR DURCHFÜHRUNG DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2004 UND 2009 SOWIE ZUR PARLAMENTSWAHL 2005 HAT DEUTSCHLAND DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG AFGHANISTANS BEGLEITET.

AUF DEN KONFERENZEN IN TOKIO (2002), BERLIN (2004) UND LONDON (2006) HAT DEUTSCHLAND FÜR DEN ZEITRAUM BIS 2010 EINEN GRUNDBEITRAG VON 80 MILLIONEN EURO PRO JAHR FÜR DEN ZIVILEN WIEDERAUFBAU UND DIE ENTWICKLUNG AFGHANISTANS ZUGESAGT.

SEITDEM IST DER DEUTSCHE BEITRAG KONTINUIERLICH GESTIEGEN: IM JAHR 2007 WAREN ES SCHON RUND 115 MILLIONEN EURO (DAVON BMZ: 85 MILLIONEN EURO), IM JAHR 2008 RUND 195 MILLIONEN EURO (DAVON BMZ: 125 MILLIONEN EURO) UND IM JAHR 2009 RUND 252 MILLIONEN EURO (DAVON BMZ: 144 MILLIONEN EURO).

DIE HÜTER DER GESETZE IN AFGHANISTAN VERLETZEN DIESE TEILWEISE AM MEISTEN: IN EINER STUDIE HATTE EIN VIERTEL DER BEFRAGTEN SCHMIERGELD AN POLIZISTEN GEZAHLT, BIS ZU 20 PROZENT AN RICHTER ODER REGIERUNGSMITGLIEDER. ABER AUCH DIE VERMEINTLICHEN HELFER VON AUSSEN HABEN KEIN BESSERES IMAGE: MEHR ALS DIE HÄLFTE DER AFGHANEN HALTEN INTERNATIONALE HILFSORGANISATIONEN FÜR EBENSO KORRUPT.